

Durch Citykom gesponsort?

Auch nach der Einstellung des Verfahrens gibt es weiter Streit und Fragen um illegale Wahlkampfstände der CDU

Münster taz ■ Zwei Wochen nach einer Anzeige gegen den CDU-Kreisvorstand bei der Stadtverwaltung gibt es nun neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit der illegalen Nutzung der Wahlplakatstände nach dem Landtagswahlkampf.

Grünen-Vorstandssprecher Wilhelm Achelpöhl hat Anzeige erstattet, weil die CDU nach der Wahl Plakatstände illegal für Fremdwerbung genutzt hatte, um einen Teil der Kosten für die Bewirtschaftung zu finanzieren. Die 30 Plakatwände, an Straßenrändern auf privatem Grund postiert, wurden nach der Wahl an die Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) weitergegeben, die diese dann wiederum an die größtenteils im Besitz der Stadt befindliche Citykom Münster GmbH weitervermietete. Ein Teil des dabei erwirtschafteten Geldes verwendete das städtische Unternehmen DSM, um die im Wahlkampf für die CDU durchgeführte Plakatierung zu decken. Die CDU als Eigentümer der Flächen hatte keine Baugenehmigung beantragt.

Das Ganze könnte sich sogar als vorsätzlich erweisen, da DSM und Citykom im Mietvertrag eine Nutzungsdauer von drei Dekaden, was etwa vier Wochen entspricht, vereinbarten. Die übliche Frist für den Abbau von Plakatständen, die im Wahlkampfabkommen aller Parteien festgelegt wurde, ist somit erheblich überschritten worden. Von der CDU ist bisher erklärt worden, man habe nicht gewusst, dass man eine Baugenehmigung beantragen müsse. „Wenn in Münster Agenturen Werbung auf Plakatständen der DSM machen, dann holt die DSM in den meisten Fällen eine Baugenehmigung bei der Stadt ein“, erklärt dazu eine Mitarbeiterin einer großen Münsteraner Werbeagentur, die namentlich ungenannt bleiben möchte.

Die Anzeige der Grünen, wurde jedoch binnen weniger Tage eingestellt. Siegfried Thielen, Leiter des Bauordnungsamtes, begründet die Entscheidung damit, dass die CDU der zweima-

ligen Aufforderung, die Ständer abzubauen, nachgekommen sei und so keine weiteren Ermittlungen nötig seien. Dass die Partei Vorteile durch die DSM gehabt hat, interessiere ihn dabei wenig. Zu der Tatsache, dass im Mietvertrag zwischen DSM und Citykom eine Nutzung über die legale Dauer hinaus vereinbart wurde, kommentiert Thielen: „Ich kenn' den Vertrag nicht, und mich interessiert der Vertrag auch nicht“.

Bei den Grünen stößt das Verhalten der Ordnungsbehörde auf Unverständnis. Wilhelm Achelpöhl und Landtagsabgeordneter Rüdiger Sagel wollen in dieser Woche die Kommunalaufsicht einschalten. Als Aufsichtsbehörde der Bezirksregierung soll sie für Klarheit sorgen.

Derweil will die FDP auf der kommenden Ratssitzung am 13. September einen Präventiv-Antrag einreichen, der sich mit weitgehend städtischen Unternehmen befasst: Künftig soll es diesen nicht mehr gestattet sein, Geld- oder Sachleistungen für Parteien zu erbringen. Normale Geschäftsbeziehungen blieben davon unberührt.

SPD-Ratsher Winfried Welter, Vertreter der Stadt im Citykombeirat, stellte Anfang der Woche eine schriftliche Anfrage an den neuen Citykom-Geschäftsführer Raimund Rittmann. Er will geklärt wissen, welche Vorteile die CDU im Wahlkampf gehabt haben könnte und ob die Citykom durch ihre Werbung möglicherweise die CDU unterstützt hat.

Inwieweit die DSM die CDU unterstützt hat, bleibt weiterhin ungeklärt. Nach Ratsherr Stefan Weber (CDU) sind die besagten Plakatstände „von einer Firma, die eben diese Werbeträger bereitgestellt hat“. Die Wattenscheider Firma Wesselmann hat nach Aussage ihres Geschäftsführers einen Komplettservice einschließlich Auf- Abbau und Plakatierung geleistet. Auftraggeber soll dabei der CDU-Landesverband gewesen sein. Was Christoph Brands, stellvertretender Kreisgeschäftsführer und Wahlkampfleiter der CDU, demontiert. Bleibt die Frage, wer den Auftrag gegeben hat. War es die DSM, die bisher erklärte, nur die Plakatierung für die CDU durchgeführt zu haben?

Marvin Oppong



Foto: Ralf Emmerich